

Justiz-, Gemeinde- und
Kirchendirektion des Kantons Bern
Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht
Kramgasse 20
3011 Bern

Per Mail an: markus.roth@jgk.be.ch

Bern, 11. Februar 2008

■ Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern (HPG)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrter Herr Roth

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung der oben erwähnten Gesetzesänderung. Wir geben nachfolgend gerne unsere kurze Stellungnahme dazu ab.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung werden vorwiegend überwiesene Motionen aus dem Grossen Rat umgesetzt. Wir widersetzen uns den vorgeschlagenen Änderungen deshalb nicht grundsätzlich. Dass weitergehenden Forderungen (Postulate) nicht aufgenommen worden sind, unterstützen wir ausdrücklich. Denn bereits mit der vorgeschlagenen Steuerbefreiung der Ehegatten, Partnern und direkten Nachkommen sind Mindereinnahmen für den Kanton zu erwarten, die nicht anderweitig kompensiert werden können. Weitergehende Forderungen müssten wir deshalb ablehnen.

Die Bereinigung der Zuständigkeiten in den Bereichen Stundung und Erlass unterstützen wir.

Mit freundlichen Grüssen

Lilo Lauterburg
Grossrätin Grüne

Monika Hächler
Co-Geschäftsleiterin Grüne